

Gemeinsamer Beschluß des Politbüros
des Zentralkomitees der SED,
des Präsidiums des Bundesvorstandes des FDGB
und des Ministerrates der DDR
zur Entwicklung des Feriendienstes der Gewerkschaften
sowie zu Fragen der Kuren

Das Politbüro des Zentralkomitees der SED, das Präsidium des Bundesvorstandes des FDGB und der Ministerrat der DDR haben sich mit der Entwicklung des Feriendienstes der Gewerkschaften im Fünfjahrplan bis 1975 befaßt und die Aufgaben beschlossen, die notwendig sind, eine Erweiterung der Erholungsmöglichkeiten vor allem für die Arbeiterklasse und eine weitere Verbesserung der Qualität der Urlauberbetreuung zu erreichen. Ausgehend von der auf dem VIII. Parteitag der SED beschlossenen Hauptaufgabe des Fünfjahrplanes sind für den Feriendienst der Gewerkschaften zur Befriedigung der wachsenden Erholungsbedürfnisse der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen neue Erholungsheime zu errichten.

Es ist zu gewährleisten, daß die in der Direktive zum Fünfjahrplan enthaltene Anzahl von Urlaubsreisen für den Feriendienst der Gewerkschaften sowie für die Betriebserholungsheime gewährleistet wird. Mit den im Fünfjahrplan vorgesehenen Neubauten in Oberhof, Oberwiesenthal, Binz auf Rügen, Waren/Klink sowie den weiteren Investitionsmaßnahmen ist zu sichern, daß bis 1975 die jährliche Anzahl der Erholungsreisen für den Feriendienst der Gewerkschaften und für die Betriebe auf ca. 2 Millionen erhöht wird.

Durch die beschlossenen Neubaumaßnahmen und die Nutzung von Interhotels werden ca. 200 000 Erholungsreisen in bester Qualität jährlich mehr zur Verfügung stehen.

Es ist weiterhin notwendig, die Sicherung der Baureparaturen, der Rekonstruktionsmaßnahmen und der besseren Ausgestaltung der Erholungsheime zu erreichen.

Zur weiteren Verbesserung der Familienerholung sind in stärkerem Maße Familien mit mehreren Kindern Urlaubsreisen anzubieten. Dazu sind sowohl die vorhandenen Einrichtungen gründlicher zu nutzen als auch mit den Neubauten günstigere Bedingungen zu schaffen.

Die materiellen und finanziellen Mittel von Betrieben und Institutionen,